



Kritik kommt auch von der Landesschulsprecherin der AHS, Noemi Christa PRIVAT

Verzweiflung bei der Matura – gehören solche Bilder bald der Vergangenheit an? DPA

den. Die Matura selbst ist nur eine Momentaufnahme.“ Auch Christa schlägt eine Abschlussarbeit als Ersatz vor: „Die vorwissenschaftliche Arbeit sollte ausgeweitet werden. Das fächerübergreifende wissenschaftliche Arbeiten bildet viel mehr von dem ab, was die Schüler können.“ Eine Abschaffung des Ziffernnotensystems begrüßt die Landesschulsprecherin: „Ich finde es absurd, dass das Wissen eines Schülers anhand einer Zahl bewertet werden soll.“ Stattdessen bevorzugt sie eine ausführlichere Form der Bewertung: „Mit einem konstruktiven Feedback der Lehrperson, egal ob verbal oder schriftlich, kann viel besser auf die Stärken und Schwächen der Schüler eingegangen werden.“

Gegen Abschaffung. Die Bildungsdirektion kann den Ideen von Manuela Auer und Noemi Christa wenig abgewinnen. Eine generelle Abschaffung der Noten lehnt man auf Anfrage der NEUE am Sonntag ab, hält jedoch fest: „Sehr wohl können wir uns vorstellen, dass die Volksschulen wieder mehr Autonomie bei der Umsetzung einer alternativen Leistungsbeurteilung bis inklusive der drit-

ten Schulstufe erhalten, wie es bereits bis 2018 der Fall war. Im Moment ist dies schulautonom nur bis zur zweiten Klasse möglich.“ Ab der ersten Sekundarstufe seien Noten wichtig zur Leistungsorientierung für die Schüler. Ein individuelles Feedback, wie von der Landesschulsprecherin gefordert, begrüßt auch die Bildungsdirektion, allerdings als Ergänzung zu Ziffernnoten.

Auch an der Matura will die Bildungsdirektion festhalten, sie verweist darauf, dass im Falle einer Abschaffung neue Zugangsregeln für Universitäten und Hochschulen geschaffen werden müssten. Allerdings hebt die Behörde auch hervor: „Selbstverständlich ist es wichtig, die Prüfungsformate laufend zu evaluieren. Reines Auswendiglernen von Faktenwissen ist nicht mehr zeitgemäß.“

Nicht mehr zeitgemäß ist für Landesschulsprecherin Noemi Christa noch deutlich mehr im Schulsystem: „Viele Schüler gehen zur Schule, weil sie müssen. Noten, Prüfungen und der Leistungsdruck saugen die Neugierde aus den Schülern heraus. Dabei soll die Schule und der Erwerb von Wissen Spaß machen.“ Manuela Auer geht sogar noch weiter: „Der Notewahnsinn, Stress und Druck, der rund um den Schulwechsel bei den Zehnjährigen auftritt, muss endlich ein Ende haben. Österreich braucht eine gemeinsame Schule, die der Vielfalt der Bevölkerung und der Verschiedenheit der Kinder und Jugendlichen gerecht wird.“ Ob solche Vorschläge umgesetzt werden, hängt nicht zuletzt von der Nationalratswahl nächstes Jahr ab.

GASTKOMMENTAR

Offene Versprechen der Regierung

Wie es um das Bekenntnis der Bundesregierung zu mehr Sicherheit für Radfahrer und Fußgänger steht.

Die schwarz-grüne Bundesregierung bekennt sich in ihrem Regierungsprogramm 2020-2024 dazu, Rad- und Fußverkehr fördern zu wollen. Das ist – für Gesundheit, der Klimawandelanpassung und Finanzen – auch dringend geboten. Hierzu müsse, so das Regierungsprogramm, auch die



„Nimmt die Bundesregierung ihr eigenes Programm ernst, sollten die versprochenen Gesetzesänderungen noch 2024 umgesetzt werden.“

müsse das in der StVO verankerte Prinzip der Rücksichtnahme gestärkt werden. Zudem sollten in Ortskernen, vor Schulen und an Unfallhäufungsstellen Temporeduktionen ermöglicht werden, ausdrücklich auch an Landesstraßen. Diese vier Versprechungen

wurden bislang nur teilweise erfüllt: 2022 wurde die StVO zwar geändert: Neben einem verpflichtenden Überholabstand zu Radfahrenden wurde es unter anderem ermöglicht, auf allen Straßen neben Kindern zu radeln, um sie besser zu schützen. Diese Gesetzesänderungen waren wichtig und richtig. Ausstehend ist noch umfassende Bewusstseinsbildung, damit diese neuen Rechte auch bekannt und gelebt werden.

Ausstehend ist auch noch das Versprechen, es rechtlich zu ermöglichen, in Ortskernen, vor Schulen und an Unfallhäufungsstellen das Tempo für Autofahrer zu reduzieren. Dies bedürfte ebenfalls einer Änderung der StVO, in der sicheres und flüssiges Autofahren nach wie vor das Maß aller Dinge ist. Bei derzeit geltender Rechtslage können Land und Bezirkshauptmannschaften von Bürgermeisterinnen und Gemeindevertretungen gewünschte Verkehrsberuhigungen, vor allem an Landesstraßen, nur allzu leicht verhindern. Zudem bestehen weiterhin zahlreiche Regelungen, die mehr Sicherheit für Radfahrer und Fußgänger erschweren oder verunmöglichen und damit Österreich tatsächlich zum „Autoland“ machen.

Nimmt die Bundesregierung ihr eigenes Programm ernst, sollten auch diese versprochenen Gesetzesänderungen noch 2024 umgesetzt werden.

Veronika Rüdiger ist Politikwissenschaftlerin und Vorstandsmitglied der Radlobby Vorarlberg.

neue-redaktion@neue.at